

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionsschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 6 + 34. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4 Berlin, 11. Februar 1935

Eine „Sozialistisch“-Kapitalistische Reichsregierung

Zum zweiten Male ist im Zeitraum von genau acht Monaten das deutsche Staatssteuer den Händen von Personen und dahinter stehenden Kreisen anvertraut, von denen man eine ruhige staatliche Entwicklung und insbesondere eine pflegliche Behandlung der sozialen Belange nicht erwarten kann. Und deshalb sind wir verpflichtet, uns erneut mit Vorkommnissen zu befassen, die sonst zunächst der Debatte der politischen Parteien unterliegen.

Gleiche Endursachen haben jedesmal den letzten Anstoß zum jähen Umwurf in der Reichsleitung gegeben. Ende Mai vorigen Jahres war es der „Sieboldungs-bolschewismus“ der Regierung Brüning-Stegerwald, der den agrarischen Großgrundbesitzern im deutschen Osten un bequem wurde, war es das Zu-Ende-Bringen sozial-wirtschaftlicher Belastungen der unteren Volksschichten und der Beginn von Auflagen für die Kreise der Großindustrie. In den letzten Wochen sah das deutsche Volk über die lutherhafte Verschleuderung von Staatsgeldern zugunsten der östlichen Großlandwirtschaft in einem Ausschuss des Reichstages zu Gericht. Die Dreifügigkeit dieser Kreise war selbst dem Herrn Reichspräsidenten und der Großindustrie auf die Nerven gegangen. Zugleich fanden aber Großindustrie und Großlandwirtschaft in den Sozialbestrebungen der abgetretenen Reichsregierung ein unangebrachtes Wiederaufnehmen von Beziehungen mit den unteren Volksschichten, die mit der Erledigung der Regierung Brüning-Stegerwald ein endgültiges Ende gefunden haben sollten. In einer Art, die mit den natürlichen Begriffen der nicht-aristokratischen Gesellschaftsschichten nicht übereinstimmt, war im Zeitraum von wenigen Tagen die Reichsregierung unterminiert und ebenso schnell die Vertreter zweier zwar rechtsradikaler, aber nach eigenen Befundungen in wirtschaftlicher Beziehung stark gegensätzlicher Gedankrichtungen zur Reichsregierung erhoben. Daß dem Willen des Volkes, das nach unserm Staatsgrundgesetz die Staatsgewalt darstellt, dadurch in keiner Weise Rechnung getragen wird, beweist der Vergleich mit dem Ergebnis der Volksbefragung vom 6. November v. J.

Wir wollen mit der Staatspitze nicht rechten und ihr so lange den guten Glauben und die gute Absicht nicht abspreiben, als nicht bündige Beweise für das Gegenteil vorliegen. In Zeiten höchster Not, wo das Volk sich in Parteikämpfen verbrannt, wo leider in sehr vielen Fällen Not und Leidenschaft den Blick trüben, kann der obersten Staatsstelle keine Nachwächterrolle zugemutet werden, wenn sie mit dem Fahren in den vorgezeichneten Gleisen der Reichsverfassung den Weg für ein Herauskommen aus den jetzigen Zuständen nicht gegeben sieht. Das enthebt sie aber in keiner Weise von der Verantwortung, den Grundwillen der Verfassung zu respektieren. Eine ehrliche, geistige Demokratie erkennt den Volkswillen bis zu bestimmten Grenzen auch dann an, wenn er der eigenen Parteiansicht entgegen ist. Die Grenzen allerdings liegen im Staatsgrundgesetz, das die Staatsform und den Staatszweck festlegt. Und hier sind auch die Grenzen für die Auswahl der Männer, die dem Parlament und damit dem Volk als Reichsregierung vorgelegt werden. Die Geschichte wird darüber befinden, ob diese Grenzen eingehalten worden sind.

Es ist das gute Recht der politischen Meinungsträger, der Weltanschauungsvertreter, der Gleichgesinnten einer bestimmten Wirtschaftsschicht, im Staat auf Grund ihrer nominellen und geistigen Stärke mitzuwirken. Mit dem Moment aber, wo einem Anschauungskreis soviel Macht übermittelte wird, daß andere Anschauungskreise dadurch unbeherrschbar gebunden werden, beginnt mit der wirtschaftlichen und politischen auch die geistige Diktatur. Diktatur, also gewalttätiges Durchsetzen der eigenen Meinung mit Unterdrückung anderer Ansichten führt aber auf die Dauer immer zu einer geistigen Verkrüppelung oder zu gewalttätigen Ausein-

anderetzungen. Diktatur, ganz gleich wo, ist die Ausschaltung des geistigen Kampfes zugunsten brachialer (den Arm betreffend) Gewaltmittel.

Wer hat zur Zeit Regierungsgewalt? Auf der einen Seite die exponiertesten Vertreter eines sich national nennenden Sozialismus, der auch trotz dieses blendenden Vornamens immer noch eine Wirtschaftsanschauung ist, die die Selbstverantwortung des einzelnen unterschätzt und die wirtschaftliche Gesamtleistung aus undefinierbaren geistigen Quellen herzuleiten versucht; auf der anderen Seite die klassischen Vertreter eines wirklich überlebten Individualismus (Betonung des Einzelwesens), die den spätkapitalistischen Besitzverhältnissen und Rechtsauffassungen neue Stützmauern bauen wollen. Seitab daneben ein intelligentes, aber in bitterster Wirtschaftsnot liegendes Volk, dem der Krieg, Inflation, überstürzte Rationalisierung, mangelnde Pflege des Absatzmarktes, unausgeglichene Besitzverteilung und erschütterte Erwerbsgrundlagen das wirtschaftliche Gleichgewicht geraubt haben. Wenn von den beiden vorgenannten Richtungen jede ihr Ziel durchsetzen will, also die einen einen Sozialismus, die andere einen wirtschaftsliberalen Kapitalismus, dann ist schwer zu erkennen, wie unter diesen sich entgegengesetzten Begriffen dem Volk aus seiner Not herausgeholfen werden soll. Entweder muß eine Richtung ihre Grundzüge preisgeben, oder beide müssen eine Kompromißlösung bestreben, die nicht weit von den in den letzten Wochen eingezeichneten Wirtschaftsplänen entfernt liegen. Dann aber hätte man sich die Beunruhigung des deutschen Volkes ersparen können. Wahrscheinlicher ist, daß aus dieser unnatürlichen Paarung ein „jällicher Hase“ entsteht, der das Halli-Hallo der großen Töne nicht wert ist. Die wirtschaftliche Gesundung ist zunächst aber um Wochen und Monate hinausgeschoben, wichtige Anschlüsse in der Einschaltung in den Rahmen der Weltmächte werden verpaßt, das Volk, und insbesondere seine Unterschichten: Handwerker, Arbeiter und Bauern tragen die Last.

Staats- und sozialpolitisch sieht in der Reichsregierung die Situation zunächst folgendermaßen aus: Der Kanzler unseligen Andenkens v. Papen hat als Vizekanzler darüber zu wachen, daß der Polizeiparapparat in Preußen nur soweit von dem nationalsozialistischen Innenminister angewandt werden darf, wie es den Bestrebungen der hinter Papen stehenden Kreise genehm ist. Ueber diese Vorichtsmaßregel gegenüber eigenen Verbündeten mögen sich die Beteiligten selber auseinandersetzen. Bedauerlich an sich bleibt, daß der Apparat zum Schutz der öffentlichen Ordnung seit der Regierung von Papen dauernd für Zwecke eingesetzt wird, die nach unserer Ansicht mit Ruhe und Ordnung nicht immer und nicht jedesmal etwas zu tun haben. Das erschüttert das Vertrauen des Volkes in diejenige Behörde, die ihm naturgemäß am nächsten steht. Und dann überwacht der unruhigste bekannte Herr von Papen auch den Reichskanzler, der nach der Verfassung die Richtlinien der Politik bestimmt. Das kann gut sein, wenn gegen nationalsozialistische Experimente eine erste Hemmung eingeschaltet ist, es kann schlecht sein, wenn man an die Papen-Notverordnungen über Invaliden-, Witwen- und Waisenvorsorge, über Arbeitslosenfürsorge und das Tarifrecht denkt. Die staatlichen Aufgabengebiete, von denen aus die Wiederbelebung der Wirtschaft betrieben werden muß, sind in die Hand eines Mannes gelegt, der auf Grund seines Lebensganges ein typischer Vertreter der Großindustrie, auf Grund seiner Arbeit in den letzten 10 Jahren ein ausgesprochener Feind der Sozialpolitik, des wirtschaftlichen Ausgleiches und der Träger des Arbeiteraufstandes, der Gewerkschaften, ist, der Geheimrat Hugenberg. Daß das Ministerium der Arbeiter, das Reichsarbeitsministerium einen Fabrikanten Selbste unterstellt ist, muß auch bei objektiver Anschauung

eigentümlich anmuten. Daß dieser Minister gegen Bestrebungen, die Tarifabteilung des Reichsarbeitsministeriums dem vorgenannten Herrn Hugenberg zu überantworten, sich nicht wehrt, zeugt stärkstens gegen ihn. Die Tarifabteilung des deutschen Reichsarbeitsministeriums hat in immer stark zurückhaltender Art, aber doch fortdauernd weiterbauend ein Arbeiterrecht geschaffen, das der wirtschaftlichen Umschichtung des deutschen Volkes in den Fundamenten Rechnung trägt. Mehr noch gar nicht. Durch die jahrelang betriebene Verbiegung der öffentlichen Meinung haben andere Wirtschaftskreise ganz aus dem Gedächtnis verloren, daß ihre Interessen in Reichswirtschafts-, Landwirtschafts- und Handelsministerien seit Jahrzehnten langdauern der gewahrt sind, als die Interessen der größten deutschen Volksschicht, der Arbeiterschaft in dem erst nachkriegszeitlich entstandenen Reichsarbeitsministerium. Ob der neue Reichsarbeitsminister das Gebiet des Tarifrechtes nicht genügend beherrscht, ob er einem geistig Größeren und vielleicht auch Brutaleren die Fort- oder Rückbildung des Arbeiterrechtes in die Hände spielen will, kann und darf nicht allein in sein Ermessen gestellt sein. Er will sich im besonderen der Pflege des Arbeitsdienstes und der Jugendertüchtigung widmen. Das hört sich schön an. Der Mann ist Gründer des Stahlhelms, einer ursprünglich auf Pflege des alten Soldatengeistes eingestellten bündischen Organisation. Heute bestrebt diese Organisation die Züchtung gelber und halbgelber betrieblicher Vereinigungen und für die Jugend die uneingeschränkte Arbeitsdienstpflicht. Wir kennen die Endziele dieser Bestrebungen. Es ist schlimm genug, daß durch den Arbeitsdienst der Bauwirtschaft und auch anderen Wirtschaftsgebieten berufseigene Arbeitsmöglichkeiten genommen werden. Noch schlimmer ist aber, daß durch die Arbeitsdienstpläne dieser Kreise die deutsche Jugend einer gesunden geistigen Entwicklung entzogen werden soll. Die schönstgedrehtesten Leitsätze helfen nicht über die Tatsache weg, daß mit der Arbeitsdienstpflicht in die Entwicklung der deutschen Jugend der geistige Bruch gegen den Gewerkschaftsgedanken gelegt werden soll. Selbständige, freiheitlich denkende Männer in den unteren Volksschichten soll es nicht geben. Ein verstiegener Nationalismus soll das wirtschaftliche Nachdenken und die politische Mannhaftigkeit der unteren Volksschichten verdrängen. Daß auch der religiösen Entwicklung gewisse Dämme gebaut werden sollen, ist gleichfalls bekannt. — Die nationalsozialistischen Minister sind zunächst in die Rolle der Polizeihunde gedrängt. Zur Verwirklichung des Sozialismus, wie sie ihn verstehen, ist ihnen wenig Raum geblieben. Daß sie aber, um ihrem Betätigungsdrang zu frönen, um herber Kritik begegnen zu können, dann möglicherweise um so eifriger arbeiten, die organisatorischen „Bedürfnisse“ in die Richtung faschistischer Gewerkschaften hineinzudrängen, ist nur zu leicht möglich.

Wo immer man hinschaut ist von der derzeitigen Reichsregierung keine Besserung unserer Verhältnisse im Sinne stetigen Ausgleichs zu erwarten. Kampf dem freiheitlichen Denken, soweit es dem Bestreben Hitler-Papen-Hugenbergs widerspricht, das dürfte die einzige einheitliche Meinung der antierenden deutschen Reichsregierung sein. — Mehr noch als in den düsteren Monaten des Vorjahres muß die christliche Arbeiterbewegung auf der Hut sein, mehr noch müssen Selbstvertrauen und Ausdauer gepflegt werden. Die geistigen Schwächen der derzeitigen Träger der Staatsgewalt, ihr Zusammenstimmen im Negativen, ihre Nichtübereinstimmung im Positiven geben uns neben dem Glauben an die Richtigkeit unserer christlichen Gewerkschaftsidee die Kraft über dieses Uebergangsstadium einer unnatürlichen Reichsregierung hinüber in bessere Zeiten zu sehen.

Irreführender Baukostenindex

Notwendige Wertberabsetzung der Wohnungsbauten

Angesichts der ständigen Angriffe gegen die Bauarbeiterlöhne haben wir bereits vor zwei Jahren auf Grund sorgfältiger Berechnungen festgestellt, daß der Baukostenindex die Kostensteigerung gegenüber der Vorkriegszeit zu hoch angibt, und zwar deshalb, weil der Baukostenindex die gleiche Bauausführung für 1914 wie für die Jetztzeit zugrundelegt. Es konnte damals festgestellt werden, daß die tatsächliche Baukostenerhöhung keinesfalls über den allgemeinen Preisstand hinausging. Erstaunderweise sind seinerzeit diese Feststellungen von der Unternehmerschaft im Baugewerbe kaum aufgenommen worden, obwohl gerade doch auch ihnen daran liegen mußte, die These von den überhöhten Baukosten zu zerstören. Allzu engstirnig waren sie wohl seinerzeit auf die Lohnsenkung ausgerichtet, und es war ihnen das Märchen von den überhöhten Baukosten ein willkommener Vorwand, gegen die Bauarbeiterlöhne anzugehen.

Es ist immerhin erfreulich, daß man von Unternehmenseite jetzt, nachdem das Baugewerbe auf einem katastrophalen Tiefpunkt gelandet ist, auch daran geht, die wirklichen Verhältnisse klarer herauszustellen. In Heft 4 der „Bauwelt“ vom 26. Januar greift Diplom-Ingenieur Müller, Keppen, den Baukostenindex an. Er stellt fest, daß der Baukostenindex nur dann stimmt, wenn man beim Vergleich der Baukosten in der Vor- und Nachkriegszeit zwei völlig gleiche Gegenstände, also zwei Wohnungen mit gleicher Gestalt, gleicher Bauart, gleichen Mäßen und gleichem Wohnwert gegenüberstellt. Diese Vergleichsmöglichkeit bestehe aber in der Wirklichkeit nicht. Die Bauweise habe sich erheblich verändert, und heute werde mit erheblich geringeren Mitteln der gleiche Ruheeffekt erzielt wie früher. Im Baukostenindex seien die technischen Fortschritte unberücksichtigt und ebenso die gesteigerte Sanstoffsanutzung. Der Vollständigkeit halber möchten wir hier hinzufügen, daß ebenjowenig die ganz zweifellos erheblich gesteigerte Leistung der Bauarbeiter berücksichtigt worden ist. Diplom-Ingenieur Müller, Keppen, kommt zu dem Ergebnis, daß bei gleicher Belegbarkeit und Gesamtausnutzung eine 1933 erbaute Wohnung mit kleinerem Rauminhalt, aber etwas höherem Einheitspreise billiger sein könne, als eine Altmwohnung mit bedeutend größerem Kubusaufwand und scheinbar niedrigerem Einheitspreise. Anknüpfend an diese Feststellungen wird dann der Gedanke vertreten, daß die falschen Vorstellungen über die Höhe der Baukosten unbedingt zerstört werden müssen, weil sie die Hauptursache dafür wären, daß das Kapital sich vom Baumarkt fern-

halte. Denn immer noch glaube man, daß die Bauten gegenüber der Gesamtpreislage den Einkommensverhältnissen überbeuert seien und halte daher das im Wohnungsbau angelegte Geld nicht mehr so sicher wie vor dem Kriege.

Wir selbst sehen in diesen Feststellungen zunächst eine Bestätigung unserer Ansicht, daß eine Senkung der Bauarbeiterlöhne, abgesehen von allen andern Gründen, jeder wirtschaftlichen Begründung entbehrt. Im übrigen glauben wir allerdings nicht, daß zu einer Steigerung des Wohnungsbaues allein die Erkenntnis von der Fehlerhaftigkeit des Baukostenindex genügt. Das Haupthemmnis scheint uns vielmehr zu sein (wie das allerdings in dem Artikel der „Bauwelt“ auch angedeutet wird), daß die während der Zeit eines allgemeinen höheren Preisstandes erbauten Wohnungen bisher noch aus dem allgemeinen Deflationsprozeß ausgeschaltet worden sind. Die infolgedessen noch überhöhten Mieten schrecken vor Reinvestitionen im Wohnungsbau ab. Man muß, um dieses Hemmnis zu beseitigen, die Mieten in einem Maße senken, das den geminderten Einkommensverhältnissen entspricht, d. h. gleichzeitig wieder, daß außer der notwendigen Zinsenkung, eine Wertberabminderung der Wohnungsbauten entsprechend den heutigen Baukosten vorgenommen wird. Natürlich bedeutet das zunächst für die Hypothekengelder einen Verlust, aber zunächst haben ja auch die breiten Massen die Lohnverluste im Kauf nehmen müssen, und weiter ist ganz zweifellos bei einem Ausbleiben der Wertminderung damit zu rechnen, daß infolge des Unvermögens breiterer Volksschichten, die Miete zu zahlen, die Verzinsung der Hypotheken immer mehr gefährdet wird, daß es zu Zwangsversteigerungen kommt und dabei die Hypotheken zum großen Teil ausfallen werden. Dann ist es doch wirklich schon besser, man nimmt einen einmaligen Schnitt vor und schafft dadurch wieder eine gesicherte Rentabilität und stärkt damit wieder das Vertrauen auf die Sicherheit der im Wohnungsbau angelegten Gelder. Will man diesen Weg nicht gehen, dann ist zwangsläufig die Notwendigkeit gegeben, den Deflationsprozeß auch bei den Löhnen rückgängig zu machen, d. h. sie wieder in einem Maße zu erhöhen, daß die breiten Arbeitnehmerschichten wieder in der Lage sind, die Mieten zu zahlen und damit auf diesem Wege den Wohnungsbau wieder rentabel zu machen. Erst die Wiederherstellung eines vernünftigen Verhältnisses zwischen Mietshöhe und Einkommen wird eine Wiederbelebung der Bautätigkeit bringen.

mit welcher Stärke sie erfolgen. Der Ausbau und die Befestigungen unserer Stellungen war insbesondere die Aufgabe der Pioniere. Die Pioniere in der Gewerkschaftsbewegung sind die Vertrauensleute. Sie sind in der Gewerkschaftsbewegung die Unterführer. Wenn sie ihre Pflicht erfüllen, und für eine ausreichende Befestigung und einen genügenden Ausbau unserer Stellungen und Positionen Sorge tragen, dann werden wir die Abwehr- und Schlagkraft unserer Gewerkschaften auf der ganzen Linie erhöhen und bei allen Auseinandersetzungen mit unseren Gegnern bestehen können. Deshalb nicht nur erhöhte Alarm- und Kampfbereitschaft, sondern auf der ganzen Front Stellungen ausbauen und befestigen.

Halten auch wir höchste Alarmbereitschaft, binden auch wir den Helm fester! Schaffen wir Aufklärung über die Absichten und Ziele der Regierung der vereinigten Harzburger Front! Neue Kampfgenossen werben und auch die finanzielle Schlag- und Abwehrkraft als Verband erhöhen, das ist das Gebot der Stunde, wenn wir auch in der Zukunft siegreich bleiben und verhindern wollen, daß auf dem Rücken der von tiefster Not und Entbehrung gebeugten Arbeiterschaft die Ueberwindung unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten vollzogen wird. Gustav Maurer.

Geistige Jahresbilanz

In den Jahreshauptversammlungen hört jeder Gewerkschaftler die Bilanz über Ausgaben und Einnahmen seiner Verwaltungsstelle oder Ortsgruppe. Was sie gewonnen, was ihr nach Ausgleich von Soll und Haben verblieb. Das ist der Lohn von Mühe und Arbeit, von Sorgen und Freuden der einzelnen Vorstände. Nicht wenige Gewerkschaftler wird es geben, die nach dieser rechnerischen Feststellung noch ernsther, noch sorgenvoller für den Arbeiterstand geworden sind als bisher.

Der Jahresabschluss ist aber nicht nur allein eine Abrechnung über Geld und Gut. Auch eine andere Bilanz sollten wir ziehen beim Beginn des neuen Geschäftsjahres, eine Bilanz über die Zeit. Irdische Güter, die wir durch schlechtes Wirtschaften verloren haben, lassen sich wieder ersetzen. Aber die verlorene Zeit am Aufbau unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung ist ein unersehbliches Gut. Und gerade mit der Zeit wirtschaftet der Gewerkschaftler oft am verschwenderischsten. Wollen wir einmal ausrechnen, wie viele verlorene Stunden wir im letzten Jahre aufzuzählen hatten. Wir würden erschrecken vor der Summe. Verlorene Stunden, die nie mehr einzuholen sind. Die ein gut Teil Geschichte des Arbeiterlebens ausmachen, und die im Laufe des ganzen Lebens aus Stunden zu Tagen, Wochen, Monaten und Jahren werden. Da würden wir Stunden finden, die wir mit häufiger Nichtigkeit vergeudet haben, Stunden, die mit unnützem Geschwätz, mit tatenloser Träumerei, mit qualenden, unnötigen Sorgen, mit schalen Vergnügungen ausgefüllt waren. Das sind Summen, die in unserem Gewerkschaftshaushalt unnützlich verausgabt wurden.

Und wieder würden wir erkennen, daß wir an gar manchen Stunden gespart haben, wo Sparsamkeit ein Fehler, ja eine Sünde war. Daß wir gar wenig Zeit verwendet haben auf gute Werke für unsere Mitmenschen. Auf stille Stunden der Einkehr bei uns selber, auf unsere Geistes- und Herzensbildung. Daß manche Stunde, die unseren Frauen, unseren Kindern und unserer Gewerkschaft gewidmet sein sollten, unnützlich verloren ist, unwiederbringlich. Daß wir den Sorgen ums irdische Wohlbehinden unserer Lieben vielleicht einen gar zu breiten Raum gönnt haben in unseren Gedanken und Arbeiten, und dadurch die wichtigste Arbeit, die „Gewerkschaftsarbeit“, vernachlässigt haben. R. Sch.

„Nie sollst du mich befragen...“

Das hat schon Lohengrin zu Elsa gesagt, aber auch der Herr Reichkanzler Adolf Hitler hat in blumiger Weise der Deutschen Zentrumspartei ähnlich geantwortet. Auf nachstehende Fragen ist eine direkte Antwort ausgeblieben:

- Welche Sicherungen werden gegeben, daß die Maßnahmen der Reichsregierung sich im Rahmen der Verfassung halten?
- Ist die Reichsregierung bereit, bindende Zusicherungen zu geben, daß nicht auf Grund des sogenannten Staatsnotstandes verfassungswidrige Maßnahmen ergriffen werden?
- Wann und wie will man wieder zu verfassungsmäßigen Verhältnissen in Preußen zurückkehren?
- Was soll im Interesse der volks- und nationalpolitisch notwendigen Siedlung geschehen?
- Ist die Reichsregierung bereit, die größten sozialen Härten der Notverordnungen zu beseitigen, und welche Einzelheiten in dieser Richtung sind von ihr vorgesehen?
- Wie stellt man sich zur Erhaltung des Reichsarbeitsministeriums, wie zur Abtrennung wesentlicher Teile desselben und Unterstellung unter den Krisenminister?
- Gedenkt die Regierung das Koalitionsrecht im bisherigen Umfange aufrecht zu erhalten?
- Wie steht die Reichsregierung zur Erhaltung der deutschen Sozialversicherung und des Tarifrechts?

Das vordringlichste Gebot der Stunde

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 unbestritten einen entscheidenden Sieg über die gefährlichste Reaktion der Nachkriegszeit errungen. Das hat uns alle mit berechtigtem Stolz erfüllt. Dieser Sieg der Gewerkschaften über ihre Gegner hat blühendartig den Einfluß und die Macht dieser gewerkschaftlichen Kampfinstrumente der deutschen Arbeiterklasse beleuchtet. Was wäre wohl aus der Erregung eines gigantischen 10jährigen opferreichen Kampfes um den staatsbürgerlichen, sozialwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse im Jahre 1932 geworden, wenn unser Stand ohne Gewerkschaften schlaglos seinen Gegnern ausgeliefert gewesen wäre? Diese Frage mag sich jeder von uns selbst vorlegen, über sie nachdenken und sie beantworten.

Es ist eine historische Tatsache, daß nur diejenige Arbeiterklasse in den verschiedensten Kulturländern der Erde ohne einen ausreichenden Schutz in den vielen Wechseljahren des Lebens ist und deshalb in tiefster Not und Entbehrung verharret, die es vernachlässigt hat, sich durch einen Zusammenschluß in wirtschaftlichen Verbänden den notwendigen Einfluß im öffentlichen Leben ihres Vaterlandes zu sichern.

Kerna haben wir den großangelegten und mit den vorwerflichsten Mitteln vorbereiteten Angriff der nationalistischen Feinde der deutschen Arbeiterklasse auf die staatsbürgerliche, sozialwirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter erfolgreich abgelehnt. Da erzieht uns die Kunde, daß die in der sogenannten Harzburger Front zusammengegangenen reaktionären Kräfte einen neuen Vorstoß durchgeführt haben. Die etwas mehr zum Soll stehende Reichsregierung von Schleicher wurde gestürzt und an ihre Stelle ein Kabinett gestellt, dem Journal Adolf Hitler vorsteht, das aber den Geist des Exzelsiönars Dr. Hugenberg einatmet. Herr v. Papen als Vizekanzler und der Stahlhelmführer Selldie als Reichsarbeitsminister vernachlässigen das jüdische Alibi. Diese Regierung kann als eine abschließende Kampfanlage an die Gewerkschaften und damit eine Kampfanlage an das schaffende Volk empfunden werden. Ueber dem deutschen Volk liegt augenblicklich eine politische Hochspannung von nie gekannter Schärfe. Für die deutsche Arbeiterklasse ist eine schicksalhafte Stunde angebrochen. Ob sich wohl das Gees der unangenehmsten deutschen Arbeiterklasse des tiefen Entzuges des Augenblicks röhrt und ganz bewusst sein wird? Für uns gilt: Höchste Alarmbereitschaft ist

das Gebot der Stunde! Wehe der deutschen Arbeiterklasse, wenn sie in dieser Zeit die ihr drohenden Gefahren nicht rechtzeitig erkennt und wirksame Gegenmaßnahmen trifft.

Auch der erwerbslose Arbeiter hat viel zu verlieren. Seine wirtschaftliche Not ist groß und erbarmungswürdig. Die Not und das Elend würde sich zum Wahnsinn steigern, wenn auch noch der Verlust staatsbürgerlicher Freiheit und eine unwürdige Entrechtung hinzukäme.

Die Gewerkschafts- und Volkswohlfürer haben zum Generalangriff aufgerufen. „Den Helm fester schnallen“, ruft der jetzige Reichsarbeitsminister Selldie seinen Getreuen zu. Das ist die Vorbereitungszeit zum Sturm. Und wir Arbeiter? Uns betrachten sie als ihre Feinde, die sie erneut recht- und einflußlos machen und ausbeuten wollen. Sollen wir unsere Stellungen so ohne weiteres ohne Widerstand überlassen lassen? Wir wären der Opfer nicht wert, die unsere „Alten“ um den wirtschaftlichen, staatsbürgerlichen und gesellschaftlichen Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse gebracht haben. Deshalb muß unsere Parole lauten:

Sammlung, höchste Kampfbereitschaft und Opferbereitschaft!

Wer von uns im Felde gegen die äußeren Feinde unseres Volkes mitgestritten hat, weiß, daß Kampfpausen auf beiden Seiten dazu verwandt wurden, die eigenen Stellungen auszubauen und zu befestigen, ohne daß die notwendige, ständige Kampfbereitschaft darunter litt. Wie oft wäre es dem Gegner ein leichtes gewesen, unsere Stellungen ohne erhebliche Verluste zu überrennen, wenn die deutschen Truppen nicht ohne Unterlaß in höchster Alarmbereitschaft gehalten worden wären, und wenn unsere Soldaten nicht jede, auch die kleinste Kampfpause dazu verwandt hätten, die eigenen Stellungen immer mehr auszubauen und zu befestigen, um auf diese Weise die Widerstandsfähigkeit und Abwehrkraft immer mehr zu organisieren und zu rücken. Aus diesen bewährten militärischen Maßnahmen unseres Väterlandes sollten wir lernen und sie auch im sozialwirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Kampfe gegen eine neue Entrechtungs unseres Standes anwenden. Nur auf diese Weise erhöhen wir die Widerstandsfähigkeit und die Abwehrkraft unserer Gewerkschaften, sichern und erhöhen wir in der Zukunft ihren Einfluß und schaffen wir die unentbehrlichen Voraussetzungen für eine wirksame Abwehr aller Angriffe auf unsere Lebens- und Existenzgrundlagen, ganz gleich, von welcher Seite und

Adam Zestädt †

Unerwartet starb am 1. Februar 1933 in Oberhausen (Rheinland) der Kollege Adam Zestädt an Herzschlag. Kollege Zestädt ist unserer jüngeren Generation wohl weniger bekannt. Er hat in den Sturm- und Drangjahren in unserer Bewegung vor 1910 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet tapfer ehrenamtlich mitgearbeitet und acht Jahre die Geschäfte des Verbandes in Oberhausen (Rhld.) geführt. Stets sachlich, ruhig und zuvorkommend, war er das Muster eines guten Beraters seiner Mitkollegen. Kollege Zestädt war geboren am 8. Oktober 1874 zu Künzels, Kreis Fulda. Das Maurergeschäft war ihm in die Wiege gelegt. Die sozialen Nöte unseres Berufes um die Jahrhundertwende riefen auch ihn auf, am 22. Juli 1903 trat er unserem Verbande bei. Nach vieljähriger ehrenamtlicher Mitarbeit wurde er am 1. Februar 1911 als Lokalbeamter in Oberhausen (Rhld.) angestellt. Als in der Nachkriegszeit der Arbeiterschaft öffentliche Ämter zugänglich wurden, trat er, im Einverständnis mit dem Verband, in den Dienst der Stadt Oberhausen. Schon nach einem Jahr übernahm er wieder ehrenamtlich die Geschäftsführung der Verwaltungsstelle. Als Arbeitsvermittler und Stadtverordneter wirkte er in den weiteren Jahren zum Wohl der Allgemeinheit wie seiner engeren Berufsangehörigen. Kollege Zestädt soll uns unvergessen bleiben!

für uns unbefriedigend geregelten Holz- und Steuerfragen wurde beschlossen, eine Eingabe an den Magistrat zu machen.

Brühl. In unserer Generalversammlung am 8. Januar gab Kollege Luderth, Köln, einen kurzen Bericht vom verflochtenen Jahr und forderte die Kollegen auf, auch in diesem Jahr eifrig mitzuarbeiten. Erhaltung der jetzigen und Werbung neuer Mitglieder ist unsere besondere Aufgabe. Aus der Vorstandswahl gingen die Kollegen Kaspar Thiesen, Joseph Kalkreier und Willi Zimmer hervor.

Bischoffen (Nipr.). In unserer gut besuchten Generalversammlung am 15. Januar gab Vorsitzender Kollege Schetelinski, den Jahresbericht. In 9 Mitgliederversammlungen und 12 Vorstandssitzungen wurde über die Belange der Kollegen beraten und verhandelt; desgleichen fand die Wahrung von Interessen der Mitglieder und des Verbandes durch erfolgreiche Vertretung bei den Behörden und am Arbeitsgericht ihren Ausdruck. Die Tätigkeit in der Verwaltungsstelle war recht umfangreich. Höhepunkt im Verbandsleben war die Feier des 25jährigen Stiftungsfestes am 10. Juli, mit der gleichzeitig eine Erinnerungsfeier an die Abtötung am 11. Juli 1920 verbunden war. Kassierer, Kollege August Holzki, legte die Kassenverhältnisse dar. Die Ergänzungswahl des Vorstandes erbrachte als Vorsitzenden Schetelinski, als Kassierer Andreas Suik und als Schriftführer Franz Willbrecht.

Erlinghausen. In unserer Generalversammlung am 15. Januar gab Kollege Kollke den Kassenbericht. Die Führung der Kasse wurde als gut anerkannt. Die alte Vorstandschaft wurde einstimmig wiedergewählt. Die Kollegen Franz Kunte und Josef Stohldreier können auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verband zurückblicken. Bezirksleiter Kollege Werner überreichte ihnen unter Glückwünschen Diplom und Ehrennadel. Redner sprach dann auch noch über allgemeine gewerkschaftliche Fragen. Die Aussprache befaßte sich neben den direkt gewerkschaftlichen Fragen auch mit örtlichen Angelegenheiten, die sich auf die Wohlfahrtsunterstützung und die ungerichtete Seitenernung des Kleinbesitzes im Gegensatz zum landwirtschaftlichen größeren Grundbesitz bezogen. Die Wahlen zu den Gemeindevertretungen haben heute für die Arbeiterschaft erhöhte Bedeutung. Wir werden bestrebt sein, in jeder Weise unsere Rechte, wie sie sich aus dem Beruf und als Gemeindeglieder ergeben, zu wahren.

Berlin (Zimmerer). Die Mitglieder unserer Gruppe fanden sich am 18. Januar zusammen, um Rückblick zu halten über das verflochtene Jahr und die Aufgaben anzudeuten, die uns im Jahre 1933 harren. Ein sehr ausführlicher Jahresbericht wurde vom Kameraden Großmann erbracht. Kollege Weber schilderte die Bemühungen des Verbandes im Interesse seiner Mitglieder. Gilt es doch immer wieder, die behördlichen Stellen und insbesondere die Reichsregierung auf die Notwendigkeit der Seelung des Bauergewerbes aufmerksam zu machen. Des weiteren dahin zu wirken, daß nicht durch den freiwilligen Arbeitsdienst durch Kampfsarbeiten usw. dem Bauergewerbe noch mehr Arbeit entzogen wird. Daß das Fehlen der Mittel seitens der öffentlichen Hand, hat die Bauwirtschaft einen fast völligen Niedergang zu verzeichnen. Es wird in keinem Beruf das Arbeitsbeschaffungsprogramm sich so gut auswirken lassen können, wie gerade im Bauergewerbe. Vieles ist durch die Bemühungen des Verbandes schon erreicht. In der anschließenden Vorstandswahl wurde mit geringen Unterschieden der alte Vorstand wiedergewählt. Eine lebhafteste Aussprache rief noch die Satzungsänderung hervor.

Wendowitz. In unserer verhältnismäßig gut besuchten Generalversammlung am 19. Januar gab Kollege Seder den Jahresbericht, Kollege Langer den Kassenbericht und Kollege Freiherr den Prüfungsbericht. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Hermann Seder Vorsitzender, Kollege Langer 1. Kassierer und Kollege Hiletta 1. Schriftführer. Bezirksleiter Kollege Sertmann, Berlin, zog aus einem Rückblick über die hinter uns liegenden Ereignisse die entsprechenden Lehren. Der übersichtliche politische Esprit unserer Arbeiter für radikale Parteien wurde in der eifrigsten gewerkschaft-

lichen Betätigung besser angewandt sein. Wir haben im Laufe der Jahre recht viel verloren; der schwerste Verlust würde der der Gewerkschaften sein, weil nur durch sie die wirtschaftliche Freiheit gewahrt werden kann. In Würdigung unserer persönlichen Freiheit streben wir ebenso nach Freiheit unseres Vaterlandes in außenpolitischer Beziehung.

Essen (Stukkature). Zum Besuch unserer Generalversammlung am 21. Januar muß gesagt werden, daß er seitens der jüngeren Kollegen hätte besser sein können. Die älteren waren fast restlos erschienen. Der Jahresbericht des Vorsitzenden verwies auf die ursprünglichen gewerkschaftlichen Leistungen, und mahnte die jüngeren Kollegen, sich ihrer Pflichten bewußt zu sein. Die Ehrung der Verstorbenen erfolgte in der üblichen Weise. Nach dem Rechenschaftsbericht der Gruppe gab Kollege Friedrich den Verwaltungsjahresbericht. Die Vorstandschaft wurde aus den Kollegen Delvo, Schäfer, Mecke, Stahl und Althoff gebildet. Unsere Versammlungen finden jeden dritten Samstag im Monat im Gewerkschaftshaus statt. Bei der Belieferung der Erwerbslosen mit Kohlen wird von manchen Zechen schändlich vorgegangen. Das Beispiel Ameritas, wo Weizen und Baumwolle verbrannt wurden, findet eine gewisse Wiederholung bei uns, wo Brennmaterial zugrunde geht und die Armen frieren müssen.

Ufenberg. Zu unserer Generalversammlung am 22. Januar waren die Kollegen fast restlos erschienen. Vorsitzender, Kollege Fickelsberger, gab einen Rückblick auf das vergangene Jahr und forderte erneut zur Mitarbeit auf, die als kleines Gewerkschaftsopfer vom guten Willen abhängt. Der Bericht des Kassierers fand Anerkennung. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Fickelsberger zum Vorsitzenden, Kollege Johann Feilerlein zum Kassierer und Kollege Karl Lechner zum Schriftführer gewählt. Die Jugend wählte zu ihrem Führer Kollegen Josef Paul. Unsere Jugend hofft, recht bald wieder aktiv tätig sein zu können. Auf Wunsch der jungen Kollegen gab Kollege Kuhn eine interessante Schilderung über seine schon 1914 erfolgte Gefangenenschaft und die später unter Lebensgefahr erfolgreiche Flucht. Solche lebenswahren Darstellungen richtig vorgetragen und richtig verstanden, wirken nicht nur unterhaltend, sondern beeinflussen auch die Vorstellungswelt.

Fuhrbach. In unserer Generalversammlung am 22. Januar gab der Kassierer, Kollege Ferdinand Luder, den Kassenbericht. Dieser wurde für gut befunden. Bei der Vorstandswahl wurde zum 1. Vorsitzenden der Kollege Franz Luder, zum Kassierer Ferdinand Luder, zum Schriftführer der Kollege Franz Kotte gewählt. Auch die übrigen Posten wurden besetzt, wobei auch die Nachbarorte Langenhagen und Brochhausen berücksichtigt wurden. Die Mahnung des Kollegen Luder, auch im kommenden Jahr dem Verband die Treue zu wahren und die Unorganisierten dem Verband zuzuführen, wurde mit Beifall aufgenommen.

Langenderbach (Kreis Limburg). Es war erfreulich, daß unserer Einladung zur Generalversammlung am 22. Januar fast alle Mitglieder gefolgt waren. Der Vorstand wurde aus den Kollegen Johann Seder, Philipp Fröhlich und Jakob Fröhlich zusammengesetzt. Der Kassenbericht und das Ergebnis der Bücherkontrolle konnten als zeitensprechend gut bezeichnend werden. Erfreulich ist auch die pünktliche Hauskassierung und die Reuegewinnung vieler Jugendlicher. Kollege Sieben, Limburg, sprach über die kulturellen und politischen Begleitererscheinungen im Wirtschaftsleben. Wir hoffen auf einen wenigstens kleinen Wiederauftrieb der Wirtschaft. Wir wissen die schätzenswerte Hilfe unseres Verbandssekretariats in bezug auf Rechtschutz und Beobachtung des Arbeitsmarktes zu schätzen. Die Kollage soll uns unsere Gewerkschaftsgewinnung nicht verleiden; wir werden uns auch der Absteigenden zur Wiedergewinnung annehmen.

Küstenfeld (Eichsfeld). Zu unserer Generalversammlung am 22. Januar waren die Kollegen von hier und aus Schachtebich fast restlos erschienen. Die eingegangenen Rundschreiben wurden eingehend durchgeprochen. Zur Agitation wurde beschlossen, mit Eifer und Ausdauer an die Gewinnung der außerhalb des Verbandes stehenden Kollegen heranzugehen. Insbesondere wollen wir uns der Kollegen aus Rohrberg und Treushausen annehmen. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Gewerkschaften muß in der jetzigen Zeit, wo starke Kräfte auf die Machtmachung der Gewerkschaften hinarbeiten, doppelt fruchtbar sein. Die Wahl zur Verwaltungsstellenleitung fiel auf die Kollegen Nikolaus Sprengel, Heinrich Schneemann, Nikolaus Windolf, Ignaz Bogt (Schachtebich) und Alois Guatel.

Eller. Unsere Generalversammlung am 23. Januar erregte sich des vorjährigen Besuches unserer Mitglieder. Auch die Kollegen des christlichen Steinarbeiterverbandes waren erschienen. Vorsitzender, Kollege Böcher, gedachte in warmen Worten des Verbandsvorsitzenden Kollegen Niedeberg. Kollege Sieben, Limburg, hielt einen Rückblick über das Jahr 1932. In Hand von Material wies er nach, daß es für uns Arbeiter, und besonders für uns Bauarbeiter in den Abwanderungsgebieten, ein trauriges war. Des weiteren berichtete er über die Abwehrmaßnahmen unserer Gewerkschaften und deren Erfolge, welche aber durch das politische Durcheinander vielfach nicht verstanden wurden. Auch der freiwillige Arbeitsdienst und seine Auswirkungen fanden Erwähnung. Der Kassierer, Kollege Link, gab den Kassenbericht. Die alte bewährte Vorstandschaft wurde einstimmig wiedergewählt. Die Mißstände im Unterhaltungsweisen fanden herbe Kritik.

Eisenbach (Tannus). Trotz der großen Not im hiesigen Abwanderungsgebiet wies unsere Generalversammlung am 25. Januar einen guten Besuch auf. Der Bericht des Kassierers fand Anerkennung. Die alte Vorstandschaft

wurde beinahe restlos wiedergewählt, als Jugendführer wurde der Kollege Albert Haber bestimmt. In einem Vortrag besprach Kollege Sieben, Limburg, das Krisenjahr 1932 und den Neubau an der Sozialpolitik durch das Papen-Kabinett. Die gleichen Kreise, die für bescheidenen Notunterhalt durch öffentliche Mittel das Wort vom Wohlfahrtsstaat erfanden, haben sich bei der Osthilfe in einer Weise an staatlichen Mitteln bereichert, daß man von einem deutschen Panamaskandal sprechen kann. Die Lohnsenkung hat die Kaufkraftschrumpfung vermehrt. Wir begrüßen die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, zu denen unser Verband immer wieder angeregt hat, und hoffen, daß dadurch auch für uns im hiesigen Abwanderungsgebiet etwas Arbeitsgelegenheit abfällt. F. R.

Herne-Sodingen. Der starke Frost hat den Besuch unserer Generalversammlung am 25. Januar etwas ungünstig beeinflusst. Unsere Kollegen aus den weit abgelegenen Außenbezirken waren nicht so vollständig vertreten. Im Jahresrückblick des Vorsitzenden, Kollegen Boorwold, wurde auch unser verstorbenen Schriftführers, Kollegen Max Seuffert, und unseres Verbandsvorsitzenden, Kollegen Niedeberg, gedacht. Der Kassenbericht des Kollegen Müller war ein typischer Krisenbericht. Die Jahreseinnahmen standen hinter den Einnahmen eines Monats vom Jahre 1928 zurück. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des 1. Vorsitzenden Kollegen Boorwold, des 1. Kassierers Kollegen Müller, und des 1. Schriftführers Kollegen Anton Schroer. Kollege Arimann, Recklinghausen, gab eine Gesamtübersicht über die Entwicklung des Verbandes und die sozialpolitischen Ereignisse im Jahre 1932. Er konnte insbesondere auf erfreuliche Rechtschulerfolge hinweisen, wo in einem Falle einem Kollegen 920 Mark und die Weiterzahlung seiner Unterstützung erkämpft wurde. 11 000 Mark Rechtschulerfolg ist die beste Widerlegung der Mißmacherei gegen den Gewerkschaftsgedanken. Unorganisierte und bäuerliche Kreise erschweren bei uns durch ihr Verhalten eine solide Lohnpolitik. Mit allen Kräften uns wehren, soll unsere Parole in diesem Jahre sein!

Königsberg i. Pr. In unserer Generalversammlung am 25. Januar erstattete der Vorsitzende Kollege Tiedmann den Jahresbericht. Die Arbeitslosigkeit erreichte zeitweise 98 Prozent. Durch die Kürzung der Unterstützungen ist die Verelendung beschleunigt. Wir anerkennen die guten Wirkungen der christlichen Arbeiterhilfe. Kinderreiche Familien konnten mit Lebensmitteln, Bekleidungsstücken und Brennmaterial versorgt werden. Nur in der Erhaltung und Stärkung unserer Gewerkschaftsbewegung ist der Rettungsanker zu sehen. Der Bericht des Kassierers fand Anerkennung. Er wies aus, daß in der Zeit der starken Arbeitslosigkeit der 20-25-Beitrag der Erwerbslosen eine gute Maßnahme war. Bezirksleiter Kollege Lieblich gab eine allgemeine Uebersicht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und machte die Kollegen mit dem neuen Unternehmerverbot eines geplanten Lohnabbaues von 20 Prozent bekannt. Auch im neuen Jahr werden wir zusammenstehen müssen, um unsere Rechte zu wahren und für die Grundlage einer besseren Zukunft zu wirken. Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung einstimmig wiedergewählt.

Sterbefafel

Am 12. Januar verschied unser lieber Kollege Arnold Thal im Alter von 48 Jahren an Magenleiden. Er war der Ortsgruppe ein vorbildlicher Gewerkschaftler. Ortsgruppe Koster.

Am 15. Januar verstarb unser Gründungsmitglied Bernhard Spieß im Alter von 61 Jahren. Ortsgruppe Spener-Berghausen.

Am 25. Januar verstarb im Alter von 70 Jahren unser treuer Kollege und langjähriger Jungenträger der Maurer August Junkermann an Lungenentzündung. Verwaltungsstelle Hildesheim.

Am 27. Januar starb unser Kollege und Mitbegründer Josef Goldmann im Alter von 72 Jahren infolge Herzschlag. Verwaltungsstelle Hannover.

Am 30. Januar verstarb nach kurzer Krankheit der Kollege Franz Grieser, Maurer, im Alter von 66 Jahren an Magenleiden. Wir verlieren in ihm einen treuen Mitarbeiter. Ortsgruppe Birstadt.

Am 2. Februar starb unser treuer Kollege, der Fachberater Hermann Siepmann, im Alter von 53 Jahren an Herzasthma. Ortsgruppe Mettmann.

Ehre ihrem Andenken!

Über 100 000 Familien
besitzen für Jahren unsere billigen Schuhe



3. Kamelhaarschuhe
Sohle und Baumwollwolle **95**

Verlangen Sie kostenlos unseren neuesten anschaulichen Preisvergleich
Garantie: Unbrauchbar oder Geld zurück

Deutscher Amerik-Schuhschneider
Wandweg 12, Kottbusstraße 17.

Möbel-Kamerling
N. Kottbusstraße 56,
Ecke Fehrbellinerstr.
Speise, Schmal, Her-
renzoo, Küchen, Zer-
rückgenom. Zim. u.
Fr. Polier, Feiz. u.
Polstermöb. - Werkst.
Kassa u. Teilzahlung.

**Werbt für
den Deutschen!**